

Vorläufiges Protokoll

der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates Dammbach vom Freitag, 20.12.2019 um 18:00 Uhr im Rathaus, Wintersbacher Str. 141, Dammbach

Teilnehmer:

1. Bürgermeister
Bauer, Roland CSU/FWG

2. Bürgermeister
Lattus, Christian CSU/FWG

Mitglieder Gemeinderat
Amrhein, Rigobert UWG
Amrhein, Waltraud UWG
Bauer, Karl CSU/FWG
Beck, Markus CSU/FWG
Brand, Günter UWG
Hock, Franz UWG
Schäfer, Ralf UWG
Spielmann, Patrick
Verfürth, Steffen UWG
Wirth, Christian CSU/FWG

Schriftführerin
Bathon, Christina

Entschuldigt:

Mitglieder Gemeinderat
Knehrler, Sebastian CSU/FWG

1. Begrüßung und Protokollanerkennung

Bürgermeister Bauer begrüßte die anwesenden Gemeinderäte und Gemeinderätin, die Presse, Geschäftsleiterin Christina Bathon sowie die anwesenden Bürgerinnen und Bürger.

Er stellt fest, dass die Sitzung ordnungsgemäß geladen wurde und fragt, ob es Einwendungen zur Tagesordnung gibt. Dies ist nicht der Fall.

Es wird angefragt, ob es Einwände zum Protokoll der letzten Sitzung gibt.

Aus dem Gemeinderat wird bei TOP 1 die Ergänzung „und die Kirchenverwaltung“ nach dem Satz „im Namen von Pfarrer...“ gewünscht.

Einstimmig mit 11 : 0 Stimmen unter der Enthaltung von Roland Bauer, der in der letzten Sitzung nicht anwesend war, wird das Protokoll mit der Änderung bei TOP 1 anerkannt.

Es wird außerdem das Wort an die Bürgerinnen und Bürger gerichtet.

Es erfolgt eine Meldung, dass die Ladung zur Sitzung weder im Internet, noch im Amtsblatt abruf- und einsehbar gewesen wäre.

Bürgermeister Bauer sagt zu, dass dies nachgeprüft wird.

Eine weitere Wortmeldung erfolgt bezüglich des Friedhofs Wintersbach. Hier würde ein Hirsch sein Unwesen treiben und immer wieder Gräber verwüsten.

2. Ortsübliche Vorbehandlung von Baugesuchen

2.1. Rückbau der Navigationsanlage der Deutschen Flugsicherung GmbH "NDB Spessart" auf dem Oberschnorrhof - gemeindliches Einvernehmen

Die Navigationsanlage „NDB Spessart“ der Deutschen Flugsicherung wird in Zukunft nicht mehr benötigt und soll zum Jahresbeginn 2020 zurückgebaut werden.

Die Anlage besteht aus einem Antennenmast und einem Gebäude mit Technik.

Der Antennenmast hat eine Höhe von 30,25 m.

Für den Rückbau des Mastes ist eine Anzeige zur Beseitigung notwendig.

Das Gebäude in Massivbauweise hat eine Abmessung von 6,30/4,50/2,0 m.

Der Abbruch des Gebäudes ist nicht genehmigungspflichtig und wird jedoch der Vollständigkeit halber mit erwähnt.

Die gesamte Anlage wird zurückgebaut und das Gelände in den ursprünglichen Zustand versetzt.

Einstimmig mit 12 : 0 Stimmen fasst der Gemeinderat den Beschluss dem Rückbau der Anlage zuzustimmen und das gemeindliche Einvernehmen zu erteilen.

2.2. Bauantrag zum Neubau eines Mutterkuhstalles für landwirtschaftliche Biohaltung, Flur Nr. 1327 Gemarkung Krausenbach - gemeindliches Einvernehmen

Der Bauantrag wird im Gemeinderat heringereicht. Das Bauvorhaben liegt im Außenbereich. Für das Bauvorhaben wird die Baugenehmigung für ein privilegiertes Bauen im Außenbereich für landwirtschaftliche Zwecke beantragt.

Seitens der Verwaltung wird vorgeschlagen, dem Bauvorhaben zuzustimmen unter der Bedingung, dass von der Gemeinde keine Erschließungsmaßnahmen gefordert werden.

Im Fall dieses Bauvorhabens ist es möglich dieses ohne Wasser- und Abwasserleitungen zu realisieren. Das Grundstück, auf dem die Halle errichtet werden soll, ist über entsprechende Feldwege andienbar.

Einstimmig mit 12 : 0 fasst der Gemeinderat den Beschluss das gemeindliche Einvernehmen für das Bauvorhaben zu erteilen.

2.3. Bauantrag zum Neubau eines Einfamilienwohnhauses mit Carport, Josef-Bambeck-Straße 15 - gemeindliches Einvernehmen

Das Bauvorhaben liegt im Gebiet des Bebauungsplans „Am Trieb“. Gleichzeitig mit den Bauantragsunterlagen wurden auch Anträge auf isolierte Befreiung von den Festsetzungen dieses Bebauungsplans gestellt.

Zum einen soll das Carport ein Flachdach erhalten. Im Bebauungsplan ist festgesetzt, das Garagen- und Nebengebäude die gleiche Dachneigung wie das Hauptgebäude erhalten.

Gleichzeitig kann das Carport nicht auf gleicher Höhe deckungsgleich mit der Nachbargarage errichtet werden. Auch hier soll eine Befreiung erteilt werden.

Außerdem ist beantragt, dass eine Terrasse auf dem Carport entsteht.

Die Befreiungen wurden entsprechend in den Bauantragsunterlagen begründet.

Die Erschließung des Vorhabens ist gesichert. Die erforderlichen Stellplätze sind nachgewiesen.

Einstimmig unter Enthaltung von Ralf Schäfer, der Art. 49 GO persönlich beteiligt und daher von Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen ist, erteilt der Gemeinderat mit 11 : 0 Stimmen das gemeindliche Einvernehmen zu diesem Bauvorhaben und den isolierten Befreiungen für die zwei Abweichungen vom Bebauungsplan zu.

2.4. Bauantrag zum Neubau eines Einfamilienwohnhauses Im Störmersgut 6 - gemeindliches Einvernehmen

Der Gemeinderat nimmt Einsicht in die Bauantragsunterlagen.

Auch hier sind Befreiungen vom gültigen Bebauungsplan notwendig.

Hierzu wurde schon eine Bauvoranfrage beim Landratsamt gestellt. Diese wurde allerdings noch nicht verbeschieden.

Seitens des Landratsamtes wurde angeregt, die offenen Fragen direkt im Baugenehmigungsverfahren zu beantworten.

Daher wurde nun der endgültige Bauantrag eingereicht.

Die Abweichungen von den Festsetzungen des Bebauungsplanes betreffen zum einen die Lage der Garage. Diese überschreitet geringfügig das vorgesehene Baufenster.

Zum anderen betrifft es die Gestaltung der Dachform.

Außerdem liegt die Abstandsfläche der Garage auf der an das Grundstück angrenzenden gemeindlichen Fläche. Die Gemeinde müsste daher einer Abstandflächenübernahme zustimmen.

Da das Grundstück sehr klein ist und anderweitig nicht bebaubar, steht dem nichts entgegen.

Einstimmig mit 12: 0 Stimmen erteilt der Gemeinderat das gemeindliche Einvernehmen einschließlich der Zustimmung zur Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes für das Bauvorhaben.

2.5. Bauvoranfrage zur Errichtung einer Schutzhütte für Pferde und Heulager

Auch dieses Bauvorhaben wird dem Gemeinderat vorgestellt.

Es handelt sich hier um die Errichtung einer baulichen Anlage im Außenbereich.

Wie auch in vergangenen Fällen wird hier die Zustimmung erteilt, sofern es sich um eine privilegierte Nutzung nach § 35 BauGB handelt.

Ob eine Privilegierung vorliegt, obliegt dem Beurteilungsspielraum der Gemeinde, sondern den Fachämtern (Landratsamt, Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten).

Einstimmig mit 12 : 0 Stimmen erteilt der Gemeinderat das gemeindliche Einvernehmen zu dieser Bauvoranfrage unter der Voraussetzung, dass eine Privilegierung des Vorhabens von den Fachbehörden festgestellt wird.

3. Vorberatung und Beschlussfassung des Haushaltsplanes 2020 des Schulverbandes Elsavatal (Anlage)

Dem Gemeinderat ist mit der Ladung im Vorfeld zur Sitzung eine Beschlussvorlage mit den wesentlichen Angaben zum Haushaltsplan zugegangen.

Bürgermeister Bauer trägt die Inhalte der Beschlussvorlage noch einmal vor.

Einstimmig mit 12 : 0 Stimmen fasst der Gemeinderat den Beschluss dem Haushaltsplan 2020 des Schulverbandes Elsavatal zuzustimmen.

4. Meinungsbildung zur Beschaffung einer Amtskette zur standesgemäßen Amtsübergabe zum 01.05.2020

Dieser TOP wurde im Vorfeld zur Sitzung von der Tagesordnung gestrichen.

5. Einstellung eines vierten Gemeindearbeiters, nachdem ein Mitglied des gemeindlichen Bauhofes in Rente geht

Der Bürgermeister erläutert, dass einer der Gemeindemitarbeiter zum 31.01.2020 in Rente gehen wird. Bei der Einstellung des letzten Gemeindemitarbeiters wurde der Beschluss gefasst, dass im Fall des Ausscheidens eines Gemeindemitarbeiters der Gemeinderat erneut beraten, ob eine Einstellung vorgenommen wird oder nicht.

Es entsteht eine Diskussion über die Erforderlichkeit eines vierten Gemeindearbeiters sowie um verschiedene Arbeitszeitmodelle.

Aus dem Gemeinderat wird zum einen vorgeschlagen, sich zunächst eines Leiharbeiters zu bedienen, um dessen Eignung für die Tätigkeit zu prüfen.

Außerdem wird vorgeschlagen, dass gewisse Tätigkeiten, wie z. B. die Grünpflege auf Dienstleister ausgelagert werden sollen. Hierzu müssten dann Angebote eingeholt und die entsprechenden Tätigkeitsfelder abgesteckt werden.

Bürgermeister Bauer gibt zu bedenken, dass wenn jetzt keine zeitnahe Ausschreibung und Neueinstellung erfolgt, es in Sachen Grünpflege im kommenden Sommer sehr schwierig werden wird, da eine entsprechende Arbeitskraft im Bauhof fehlt.

Außerdem sei dann die Gewährleistung einer Bereitschaft im Winter deutlich erschwert, da mit weniger Personen auch die entsprechenden Arbeitsvorschriften einzuhalten sind.

Christina Bathon gibt zu bedenken, dass in vergleichbaren Bauhöfen teilweise mindestens fünf Gemeindearbeiter plus weitere Kräfte tätig sind, um alle Maßnahmen, die erforderlich sind, zu bewältigen.

Immer wieder werde vom Gemeinderat angeregt, dass bei den gemeindlichen Liegenschaften mehr unternommen werden solle. Dies sei nur möglich, wenn entsprechend gutes Fachpersonal in der Gemeinde verfügbar ist.

Es wird weiterhin diskutiert, ob der jetzige Gemeinderat noch diese Entscheidung treffen, oder ob man bis zur Konstituierung des neuen Gemeinderates warten solle.

Der Bürgermeister weist ausdrücklich darauf hin, dass dann sehr viel Zeit verlorengehe und zudem auch die neue Bürgermeisterin sich mit den Schwierigkeiten einer Neueinstellung auseinandersetzen müsse. Er hätte diese Aufgabe noch in seiner Amtszeit übernommen.

Es kann bezüglich der Neueinstellung eines Gemeindearbeiters kein Einvernehmen hergestellt werden.

Mit 3 : 9 Stimmen lehnt der Gemeinderat die Einstellung eines weiteren Gemeindearbeiters ab.

Diese Entscheidung soll in den neuen Gemeinderat vertragen werden.

Gegenstimmen: Rigobert Amrhein, Waltraud Amrhein, Markus Beck, Günter Brand, Franz Hock, Ralf Schäfer, Patrick Spielmann, Steffen Verfürth, Christian Wirth.

6. Informationen des Bürgermeisters

6.1. Beschaffung eines Gemeindefahrzeugs

Bürgermeister Bauer berichtet, dass man sich verschiedene Fahrzeugmodelle bezüglich der Tauglichkeit angesehen habe. In der Verwaltung sei hierzu eine Übersicht erstellt worden.

Verglichen wurden hier Pick-Ups sowie auch Pritschenwagen.

Der vom Bauhof favorisierte VW-Transporter in der Ausführung als Pritschenwagen ist nach erster Recherche für den Einsatz im Bauhof nicht geeignet, da der erst kürzlich angeschaffte Anhänger nicht angehängt werden kann.

Entweder müsse man hier auf ein anderes Automodell ausweichen oder den Anhänger wieder verkaufen.

Im Gemeinderat entsteht eine Diskussion über die Tauglichkeit verschiedener Automodelle und über Anhängelasten und Fahrerlaubnisse.

Es wird festgelegt, die Entscheidung auf Januar zu vertagen. Der Bauausschuss soll sich im Vorfeld mit dem Bauhof treffen und im Gespräch ermitteln, welche Art von Gemeindefahrzeug am sinnvollsten ist und für alle Tätigkeiten eingesetzt werden kann.

6.2. Einrichtung einer Geschwindigkeitsbeschränkte Freistrecke zwischen Dammbach und Rohrbrunn - Staatsstraße 2317

Aufgrund der häufigen Verkehrsunfälle auf der Freistrecke zwischen Ortsausgang Dammbach in Richtung Rohrbrunn hat die Gemeinde Dammbach bereits im vergangenen Jahr einen Antrag an das Landratsamt Aschaffenburg gestellt, Geschwindigkeitsbeschränkungen wegen des hohen Unfallaufkommens auf der Freistrecke anzuordnen.

Vom Landratsamt Aschaffenburg wurde mit Datum vom 10. u. 11.12.2019 die verkehrsrechtliche Anordnung für eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 70 km/h herausgegeben. Die Geschwindigkeitsbegrenzung auf 70 km/h mit den Verkehrszeichen 103-10 (Kurve links bzw. rechts) und 105-10 (Doppelkurve) wird an drei Abschnitten im Verlauf der Freistrecke an den Gefahrenbereichen mit den Unfallschwerpunkten aufgestellt. Darüberhinaus wird noch für den Bereich Station 3,150 bis 3,400 eine Warnlinie markiert. Das Landratsamt hat hierzu mündlich mitgeteilt, dass diese Anordnung in Zusammenarbeit mit der Unfallkommission, die nur zweimal jährlich tagt, erarbeitet wurde.

Der Gemeinderat nimmt die Information zur Kenntnis.

6.3. Spende der Raiffeisen-Volksbank Aschaffenburg über einen Defibrillator

Der Bürgermeister verkündet, dass die Raiffeisenbank-Volksbank Aschaffenburg als Spende an die Gemeinde Dammbach einen Defibrillator anschaffen wird.

Dieser soll dann am neuen Rathaus angebracht werden.

Der genaue Standort wird noch festgelegt, je nachdem welche Anforderungen hier erforderlich sind.

Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis.

6.4. Termin mit der Kirchenverwaltung bezüglich der Zukunft des Pfarrermarschall-Hauses

Roland Bauer teilt das Ergebnis der Terminumfrage mit.

Es hat sich der Donnerstag, der 16.01.2020 – 16:00 Uhr herauskristallisiert.

Hier wird mit der Kirchenverwaltung ein Gespräch bezüglich der Zukunft des Pfarrermarschall-Hauses stattfinden. Hierzu lädt er auch die Fraktionssprecher ein.

Der Gemeinderat nimmt die Information zur Kenntnis.

6.5. Wasserversorgung

Die E-Mail von Herrn Markmann vom Zweckverband AMME vom 11.12.19 wurde den Gemeinderäten weitergeleitet.

Hierin berichtet er, dass die Arbeiten im Hochbehälter Geishöhe so gut wie abgeschlossen sind und auch die Arbeiten in der Anlage in der Ferschenmühle entsprechend vorangehen. Wenn entsprechende Ergebnisse sichtbar sind, soll sich der Gemeinderat sich in einer Begehung ein Bild von der neuen Maßnahme machen.

Es wird daher festgelegt, dass ein Termin mit dem Gemeinderat vereinbart wird, wenn die Installationen weitgehend beendet sind.

6.6. Zugang zum Bayernatlas plus für die Feldgeschworenen Wintersbach

Dies wurde bereits in vorangegangenen Gemeinderatssitzungen mehrmals diskutiert.

Hier wurde, wie vereinbart noch einmal eine Stellungnahme vom Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung eingeholt.

Bürgermeister Bauer wurde vom Vermessungsdirektor Reindl direkt angerufen.

Die Inhalte des Gesprächs wurden in einem Aktenvermerk festgehalten.

Den Inhalt des Aktenvermerks trägt der Bürgermeister in der Gemeinderatssitzung vor.

Hierin wurde noch einmal darauf hingewiesen, dass die Gemeinde nur dann Angaben und Daten an die Feldgeschworenen herausgeben darf, wenn sie einen gemeindlichen Auftrag erledigen.

Für private Grundstückssuchen bzw. Grenzfeststellungen dürfen in keinem Fall die Daten weitergegeben werden.

Die hierfür benötigten Daten müssen entweder die Feldgeschworenen oder Grundstückseigentümer beim Vermessungsamt käuflich erwerben.

Außerdem wurde in diesem Zuge auch festgestellt, dass die Feldgeschworenen alle Daten und Karten nach Erledigung der gemeindlichen Aufträge zurückgeben müssten.

Bürgermeister Bauer stellt fest, dass das Ergebnis nicht zufriedenstellend sei, aber hiermit seien alle Fragen bezüglich Bayernatlas plus endgültig beantwortet.

6.7. Abschlussworte für das Jahr 2020 von Bürgermeister Bauer

Bürgermeister Bauer spricht ein paar Worte zum Abschluss des Jahres 2019 und dankt der Geschäftsleiterin Christina Bathon für ihr Engagement für die Gemeinde Dammbach.

7. Anfragen nach § 30 der Geschäftsordnung über solche Gegenstände, die in die Zuständigkeit des Gemeinderates fallen und nicht auf der Tagesordnung stehen

7.1. Regionalbudget für die Allianz SpessartKraft

Ein Gemeinderat erkundigt sich, ob für die Gemeinde Dammbach auch ein Regionalbudget zur Verfügung stehen wird, so wie dies über Heimbuchenthal in der Zeitung berichtet wurde.

Bürgermeister Bauer und Geschäftsleiterin Christina Bathon erläutern den Sachverhalt. Der Allianz SpessartKraft werde ein Gesamtbudget zugewiesen, das gleichmäßig auf alle Mitgliedsgemeinden aufgeteilt werden solle.

Somit fallen voraussichtlich auch 12.000 Euro an Regionalbudget für die Gemeinde Dammbach an.

In einem Gremium werde dann entschieden, welche Maßnahmen realisiert werden können. Es handelt sich hierbei um eine Förderung für Kleinprojekte, wie beispielsweise Spielegeräte und dergleichen.

Weitere Infos hierzu werden seitens der SpessartKraft noch an die Gemeinderäte weitergeleitet.

Ende der Sitzung 19:13 Uhr

Roland Bauer
1. Bürgermeister

Christina Bathon
Schriftführer/in